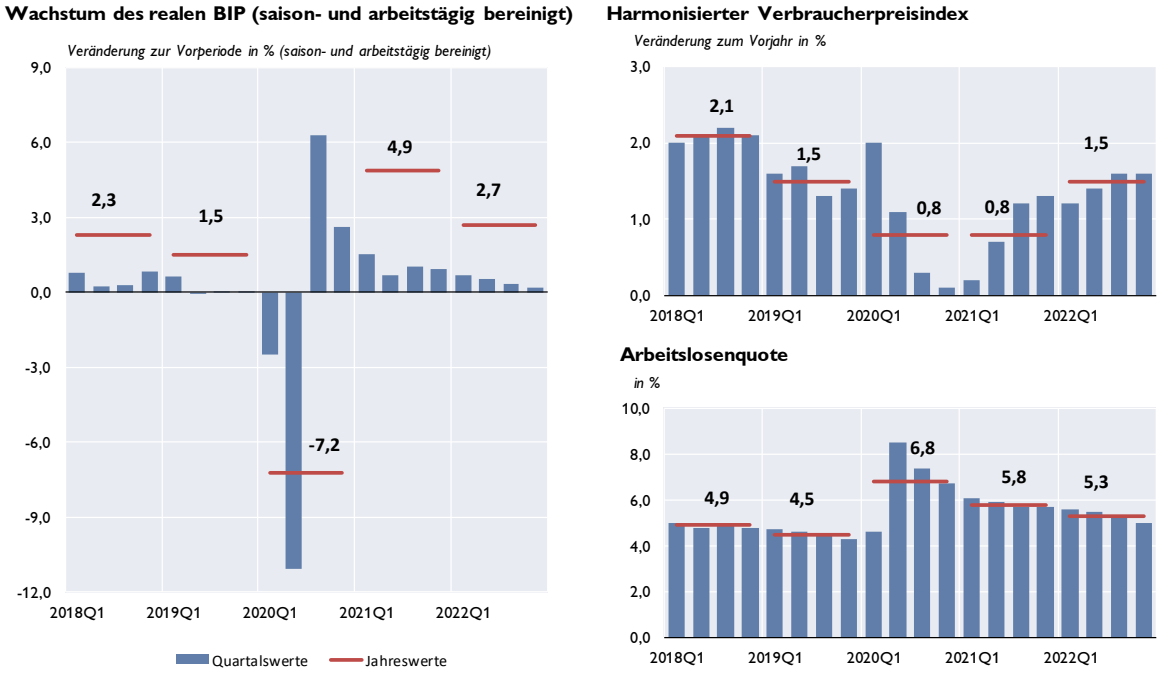
# Österreich: COVID-19-bedingte Rezession stellt größte wirtschaftspolitische Herausforderung in der zweiten Republik dar[6]

## Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2020 bis 2022

Die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat in der ersten Jahreshälfte 2020 die Wirtschaftsentwicklung weltweit stark beeinträchtigt und teilweise sogar zum Erliegen gebracht. Auch in Österreich wurden Mitte März strenge Containment-Maßnahmen gesetzt, die die wirtschaftliche Aktivität vorübergehend stark reduzierten, verbunden mit Einkommens- und Umsatzverlusten für unselbstständig Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen sowie einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, die durch ein Kurzarbeitsprogramm ungekannten Ausmaßes abgefedert wurde. Die Wirtschaftsleistung ging bereits im ersten Quartal 2020 um 2,5 % (im Vergleich zum Vorquartal) zurück. Obwohl die Maßnahmen seit 13. April 2020 zunehmend gelockert wurden, wird für das zweite Quartal ein noch deutlicherer Rückgang des BIP um rund 11 % erwartet. Die in der Prognose vorhergesagte Entwicklung im weiteren Verlauf dieses Jahres unterliegt großen Unsicherheiten und beruht auf einer Reihe von Annahmen zur Entwicklung der

**Hauptergebnisse der Prognose**




*Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Prognose vom Juni 2020.*

Pandemie. Es wird unterstellt, dass Neuinfektionen zwar weiterhin auftreten werden, diese aber soweit unter Kontrolle gehalten werden, dass es zu keinem neuerlichen großflächigen Ausbruch kommt. Es werden daher weiterhin ad hoc strenge, wenn auch regional begrenzte Containment-Maßnahmen gesetzt, die die Angebots- und Nachfrageseite belasten. Eine medizinische Lösung (Medikament/Impfung), die sich positiv auf das Wirtschaftsvertrauen auswirkt, wird

[6] Autoren: Christian Ragacs und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

annahmegemäß Mitte 2021 verfügbar sein. Diese zentralen Annahmen für den erwarteten Konjunkturverlauf gelten für die Prognosen aller nationalen Zentralbanken des Eurosystems, auf denen die Erstellung der Euroraumprognose beruht. Die Annahmen zum Verlauf der Pandemie wurden auch der Prognose des internationalen Umfelds zu Grunde gelegt.

Während die Weltwirtschaft ohne den Euroraum in der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 ein geringfügiges Wachstum verzeichnet hatte, wird das BIP dieser Region im Jahr 2020 um 4 % schrumpfen. Im Jahr 2021 wird es aufgrund von Aufholprozessen aber zu einer deutlichen Erholung kommen. Für den Welthandel wird ein noch viel stärkerer Rückgang als für das BIP erwartet, da Unterbrechungen der internationalen Produktionsketten und Grenzschließungen die Auswirkungen der sinkenden Nachfrage verstärken. Für die Exportmärkte Österreichs wird für das Jahr 2020 ein Einbruch von 12,7 % erwartet, der zu einem Rückgang der österreichischen Exporte um 11,6 % führen wird. Für die Jahre 2021 und 2022 wird ein Exportwachstum von 6,9 % beziehungsweise von 4,7 % prognostiziert. Für die Bruttoanlageinvestitionen (–6,7 %) und den privaten Konsum (–5,8 %) werden im Jahr 2020 ebenfalls starke Rückgänge erwartet. Dies ist für die sehr konjunkturabhängigen Investitionen nicht verwunderlich. Historisch betrachtet wirkte der Konsum in „normalen" Krisenperioden über das Entsparen der Haushalte hingegen konjunkturstabilisierend. Aufgrund der gesetzten Lockdown-Maßnahmen, die die Konsummöglichkeiten stark einschränkten bzw. teilweise unterbanden, kam es jedoch – trotz des gleichzeitigen Rückgangs der Einkommen – zu einem deutlichen Anstieg des Sparens im zweiten Quartal 2020. Für die Jahre 2021 und 2022 werden sowohl für die Bruttoanlageinvestitionen als auch den privaten Konsum infolge von Nachholeffekten sowie des verbesserten Wirtschaftsvertrauens überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten erwartet.

Im Gesamtjahr 2020 wird die HVPI-Inflationsrate auf 0,8 % zurückgehen. Hauptgrund hierfür ist der weltweite Einbruch der Nachfrage nach Rohöl, der 2020 nahezu zu einer Halbierung des Ölpreises führen wird. Darüber hinaus wird die HVPI-Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie insbesondere durch den Nachfrageschock gedämpft, wodurch sie im Gesamtjahr 2020 auf 0,8 % sinken wird. Im Jahr 2021 wird es infolge der angenommenen Ölpreisentwicklung zu einem Anstieg der Energiepreise kommen, dessen Effekt auf die HVPI-Inflationsrate allerdings von einer weiterhin schwachen Nachfrage kompensiert werden wird, womit die HVPI-Inflationsrate bei 0,8 % verweilen wird. Erst 2022 wird es zu einem Anstieg auf 1,5 % kommen. Durch die umfassenden Containment-Maßnahmen zwischen Mitte März und Mitte April stieg die Anzahl der registrierten Arbeitslosen von rund 310 Tsd. auf über 530 Tsd. Personen an.

Durch die Neuausrichtung der Kurzarbeitsregelung konnte ein noch weit stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Dennoch wird die Arbeitslosenquote im Gesamtjahr 2020 bei im historischen Vergleich hohen 6,8 % liegen (lt. Eurostat Definition). Infolge der deutlichen Konjunkturerholung in den Jahren 2021 und 2022 wird die Arbeitslosenquote auf unter 6 % sinken.

Die COVID-19-bedingte Rezession stellt die größte wirtschaftspolitische Herausforderung in der zweiten Republik, nach dem Kriegsende und den ersten Wiederaufbaujahren, dar. Die substanziellen Maßnahmen durch die Geld-, Fiskal und Arbeitsmarktpolitik stützen das gesamtwirtschaftliche Einkommen und die Produktionskapazität und federn die negativen Auswirkungen der Pandemie ab. Die fiskalischen Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung des Konjunkturabschwungs bewirken, dass der Budgetsaldo nach zwei Jahren mit einem Budgetüberschuss im Jahr 2020 deutlich ins Defizit (–8,9 % des BIP) drehen wird. Dabei

wurden von der OeNB budgetrelevante Maßnahmen aus den Paketen der Bundesregierung im Ausmaß von über 5 % des BIP berücksichtigt. Das Auslaufen dieser Maßnahmen und die Konjunkturerholung ab 2021 werden im Folgejahr zu einer deutlichen Veringerung des Defizits auf 3,9 % führen. Bereits 2022 wird das Budgetdefizit mit 1,5 % des BIP wieder deutlich unter die Drei-Prozent-Maastricht-Defizitgrenze sinken. Die Schuldenquote steigt auf 84,4 % des BIP (+14 Prozentpunkte) im Jahr 2020 an. Allerdings wird sie bereits im Jahr 2021 – mit dem Wiedererstarken des BIP-Wachstums – sinken. Die Anwendung der EU-Fiskalregeln ist aufgrund der Aktivierung der „allgemeinen Ausweichklausel" de facto ausgesetzt. Allerdings würde auch die baldige Wiedereinsetzung der Fiskalregeln Österreich kaum Probleme bereiten. Zumindest die nominellen Maastricht-Ziele, nämlich die Unterschreitung der Drei-Prozent-Defizitgrenze und die hinreichende Rückführung der Schuldenquote, dürften ab 2022 wieder erfüllt sein.

Angesichts der Unsicherheit über die Entwicklung der Pandemie und der Auswirkungen der damit verbundenen Containment-Maßnahmen erstellten alle nationalen Zentralbanken des Euroraums in Abstimmung mit dem Eurosystem zusätzlich zur Prognose zwei alternative Szenarien für das jeweilige Land. In einem Szenario mit einer schnelleren und erfolgreicheren (weltweiten) Eindämmung des Coronavirus (Szenario „mild") würde das BIP in Österreich in diesem Jahr um 4,6 % sinken und bis zum Ende des Prognosezeitraums 2022 fast auf jenes Niveau zurückkehren, das in der OeNB-Dezemberprognose 2019 erwartet wurde. Im Gegensatz hierzu bewirkt ein ungünstigeres Szenario, bei dem angenommen wird, dass in Österreich eine zweite (aber schwächere) Infektionswelle im Herbst 2020 auftreten wird, einen BIP-Rückgang im Jahr 2020 von 9,2 %. In diesem Szenario bleibt das Niveau des BIP auch im Jahr 2022 rund 7 % unter jenem der Dezemberprognose.

## Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Juni 2020 für Österreich[1]

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|
| **Wirtschaftliche Aktivität** | *Veränderung zum Vorjahr in % (real)* | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | 1,5 | –7,2 | 4,9 | 2,7 |
| Privater Konsum | 1,3 | –5,8 | 6,1 | 2,6 |
| Öffentlicher Konsum | 0,7 | 1,2 | 1,6 | 0,8 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 2,8 | –6,7 | 4,7 | 3,1 |
| Exporte insgesamt | 2,7 | –11,6 | 6,9 | 4,7 |
| Importe insgesamt | 2,7 | –8,9 | 5,7 | 3,7 |
| | *in % des nominellen BIP* | | | |
| Leistungsbilanzsaldo | 2,6 | 1,5 | 2,2 | 2,3 |
| **Preise** | *Veränderung zum Vorjahr in %* | | | |
| Harmonisierter Verbraucherpreisindex | 1,5 | 0,8 | 0,8 | 1,5 |
| Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft | 2,5 | 4,4 | –1,3 | 0,9 |
| Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer | 2,9 | –1,0 | 1,6 | 2,3 |
| Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde | 2,9 | 3,6 | –0,4 | 1,2 |
| **Einkommen und Sparen** | *Veränderung zum Vorjahr in %* | | | |
| Real verfügbares Haushaltseinkommen | 2,2 | –0,4 | –0,4 | 2,4 |
| | *in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens* | | | |
| Sparquote | 8,3 | 13,4 | 7,7 | 7,4 |
| **Arbeitsmarkt** | *Veränderung zum Vorjahr in %* | | | |
| Unselbstständig Beschäftigte | 1,4 | –2,2 | 2,2 | 1,5 |
| Arbeitsstunden (Arbeitnehmer) | 1,4 | –6,5 | 4,3 | 2,6 |
| | *in % des Arbeitskräfteangebots* | | | |
| Arbeitslosenquote gemäß Eurostat | 4,5 | 6,8 | 5,8 | 5,3 |
| **Budget** | *in % des nominellen BIP* | | | |
| Budgetsaldo | 0,7 | –8,9 | –3,9 | –1,5 |
| Schuldenstand | 70,4 | 84,4 | 83,7 | 81,4 |

*Quelle: 2019: WIFO, Eurostat, Statistik Austria; 2020 bis 2022: OeNB-Prognose vom Juni 2020.*

[1] *Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt (Stand: vorläufige Veröffentlichung 2020 Q1). Die Werte für das Jahr 2019 können von den von Statistik Austria publizierten nicht saisonbereinigten Daten abweichen.*